



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 27. Sitzung des Ausschusses für Kultur,
Soziales und Integration der Stadt Eberswalde
am 14.09.2022, 18:15 Uhr,
im Familiengarten Eberswalde, Stadthalle "Hufeisenfabrik",
Am Alten Walzwerk 1, 16227 Eberswalde

TAGESORDNUNG

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 3 Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 26. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration der Stadt Eberswalde vom 30.06.2022
- 4 Feststellung der Tagesordnung
- 5 Informationen des Vorsitzenden
- 6 Einwohnerfragestunde
- 7 Informationen aus der Stadtverwaltung
 - 7.1 Vorstellungen zur Erarbeitung der Kulturkonzeption
 - 7.2 Sonstige Informationen
- 8 Vorstellung Nutzungskonzept Kupferhammerweg 1 durch die Volkssolidarität
- 9 Information von "Brot und Hoffnung e. V." zur Situation der Tafel in Eberswalde
- 10 Information zur Situation der ukrainischen Geflüchteten in der Stadt Eberswalde
- 11 Informationsvorlagen

12 Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, der Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

13 Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

13.1 **Vorlage:** BV/0713/2022

Einreicher/zuständige Dienststelle:

02.21 Referat für soziale Teilhabe und Integration

Richtlinie der Stadt Eberswalde für die Gewährung freiwilliger kommunaler Zuwendungen für Maßnahmen, Vorhaben und Projekte im sozialen Bereich

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Prof. Creutziger, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration (AKSI) eröffnet die öffentliche Sitzung um 18:15 Uhr.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Prof. Creutziger stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der AKSI beschlussfähig ist.

Zu Beginn der Sitzung sind 8 Mitglieder in Präsenz anwesend, mithin sind es **8 Stimmberechtigte (Anlage 1)**.

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 26. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration der Stadt Eberswalde vom 30.06.2022

Herr Zinn:

- weist darauf hin, dass die Seite 5 der Niederschrift nicht beigefügt wurde

Herr Prof. Dr. König gibt an, dass die Seiten 5 und 6 beim Kopieren verdreht worden sind.

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

TOP 5

Informationen der Vorsitzenden

5.1

Herr Prof. Dr. Creutziger informiert, dass bereits am 05.10.2022 die nächste Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration (AKSI) stattfinden wird.

5.2

Herr Prof. Dr. Creutziger gibt den Hinweis, dass er zum Thema „Ärztmangel“ einen Entwurf für die Ausgestaltung eines Beschlusses erarbeitet hat und vom städtischen Rechtsamt geprüft wurde. Dieser Entwurf mit den Anmerkungen des städtischen Rechtsamtes könnte dann mit den Unterlagen zur nächsten Sitzung an alle Fraktionen versandt werden.

Herr Zinn bittet um die Einstellung des Entwurfs „Ärztmangel“ in das Bürgerinformationssystem am nächsten Tag.

Herr Prof. Dr. König bestätigt, dass bei rechtzeitigem Eingang der Unterlagen auch die Einstellung gewährleistet werden könnte.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

TOP 7.1

Vorstellungen zur Erarbeitung der Kulturkonzeption

Herr Prof. Dr. König erläutert im Einzelnen den Weg zur Erarbeitung einer möglichen Neufassung der Kulturkonzeption, die in Zusammenarbeit mit dem Kulturbeirat erarbeitet wurde. Dazu gab es in der HNEE eine Auftaktveranstaltung. Um neue Impulse mit hineinzubekommen, wurde eine Arbeitsgruppe mit Herrn Prof. Dr. Creutziger, Herrn Ortel, Vertretern aus dem alten Kulturbeirat und später aus dem neuen Kulturbeirat, Frau Engelmann und Herrn Gläßer von der Prostgenossenschaft gebildet, in der gemeinsam ein Rahmen für eine Leistungsbeschreibung erarbeitet werden konnte, um diese im hiesigen Ausschuss im Groben erläutern zu können. Zusätzliche Hinwei-

se und Anregungen zur Einarbeitung in die Konzeption, können innerhalb der nächsten zwei Wochen eingereicht werden, um dann die Ausschreibung der Kulturkonzeption im Oktober auf den Weg bringen zu können.

Herr Reichelt, Amtsleiter des Kulturamtes der Stadt Eberswalde, stellt die Inhalte der Leistungsbeschreibung für die Neufassung der Kulturkonzeption vor (**Anlagen 2 und 3**).

Herr Parys nimmt ab 18:35 Uhr an der Sitzung teil, mithin sind es 9 Stimmberechtigte.

Herr Zinn:

- bittet um Information, welche Personen an der Runde am 19.08.2022 teilgenommen haben, wer die Entscheidungsträger waren und erwähnt weiter, dass es besser gewesen wäre, wenn die ausgearbeiteten Unterlagen zum Kulturkonzept im Vorfeld rechtzeitig weitergegeben worden wären; weiter äußert er die Bitte, dass alle kulturpolitischen Themen angesprochen werden und benennt als Beispiel die Stadt Potsdam mit den dortigen erarbeiteten kulturpolitischen Leitlinien

Herr Prof. Dr. König berichtet zur ersten Frage, dass für diese Runde ursprünglich Frau Engelmann, Herr Gläßer und Herr Reichelt eingeladen wurden, um herauszufiltern, was und wie erarbeitet werden könnte und welche weiteren Personen ebenfalls mit einbezogen werden sollen. Auf einer Veranstaltung der Prostgenossenschaft e. V. war der Ausschussvorsitzende des AKSI, Herr Prof. Dr. Creutziger mit dabei. Da es auch eine politische Dimension hatte, wurde ebenfalls Herr Ortel mit einbezogen, weil beide dann auch hier eine formale Funktion hatten. Die Unterlagen (Tischvorlagen) sind Vorschläge zur Leistungsausschreibung, die auch am nächsten Tag in das Bürgerinformationssystem eingestellt sein werden.

Herr Prof. Dr. König erläutert weiter, dass in der Arbeitsgruppe darüber gesprochen wurden, welche Themen vorgegeben werden sollen und wie eng der Rahmen gefasst sein müsste. Die Themen kommen zum einen von jemanden von außen, das beauftragte Büro, das durch Sichten und Filtern bestehender Konzepte aufgreift. Themen kommen aber auch aus der Wahrnehmung von Entsendeten in diesem Begleitkreis bzw. sehr deutlich und fokussiert aus den öffentlichen Beteiligungen also aus Workshops und Umfragen. Der Begleitkreis fungiert dann als ein Filter- und Arbeitsgremium, um den Umfang der Themen aus einer Umfrage zusammen fassen zu können. Diese Unterstützung kann der Begleitkreis geben. Ein weiterer Punkt war, wie die Politik beteiligt werden könnte. Überlegungen gingen dahin, aus jeder Fraktion ein Mitglied zu benennen, dann wäre aber dieser Begleitkreis kein wirklich gutes Arbeitsgremium mehr. Herr Prof. Dr. König erläutert anhand des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport (ABJS), dass drei Mitglieder aus dem ABJS in der Arbeitsgruppe zum Jugendkonzept entsendet wurden. Dieses Beispiel aus dem ABJS wurde für die Arbeitsgruppe „Kulturkonzept“ in der Runde herangezogen und besprochen. Es kam jedoch der Hinweis vom Ausschussvorsitzenden, dass diese Möglichkeit zur Entsendung in die Arbeitsgruppe allen Fraktionen eingeräumt werden müsste. Das würde bedeuten, dass in der Arbeitsgruppe dann eine Person pro Fraktion wäre. Es herrschte Einigkeit darüber, dass es dann zu viele Personen in diesem kleinen Begleitgremium gäbe. Herr

Prof. Dr. König weist noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass eine Mitarbeit natürlich auch als ganz normaler Bürger in den Workshops und Umfragen möglich sei. Eine regelmäßige Berichterstattung erfolgt dann im hiesigen Ausschuss und die endgültige Fassung der Kulturkonzeption wird aus dem Ausschuss als Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung weitergereicht werden.

- gibt an, dass die Benennung von zwei Ausschussmitgliedern und sachkundigen Einwohnern aus diesem Ausschuss für die Arbeitsgruppe, die schnellste und einfachste Lösung ist; im hiesigen Ausschuss sollte es eine ganz offizielle Verständigung darüber geben, welche Ausschussmitglieder künftig in dieser Begleitgruppe tätig sein sollen
- zum Verfahrensweg der Kulturkonzeption merkt er an, dass die Gefahr bestehen könnte, dass bis zum Beschluss der Kulturkonzeption zu viel Zeit verloren gehe und dies für die Stadt Eberswalde alles andere als günstig wäre

Herr Prof. Dr. König erwidert, dass die Entscheidung über die Anzahl der zu entsendenden Ausschussmitglieder im hiesigen Ausschuss getroffen werden müsste. Sollte es zu keiner Einigung im AKSI kommen, müsste gemäß Gleichheitsprinzips eine Gleichbehandlung aller Mitglieder erfolgen, was dann in der Arbeitsgruppe nicht zu leisten wäre.

Herr Gläßer:

- erinnert an die lange Vorgeschichte der Kulturkonzeption und macht deutlich, dass es jetzt tatsächlich der richtige Ansatz war, rechtzeitig möglichst viele beteiligte Akteure, auch aus dem politischen Raum, zur Vorbereitung dieser Ausschreibung mit einzubeziehen und dafür auch ein fachliches Wissen gefragt war

Herr Zinn:

- macht darauf aufmerksam, dass im Herbst 2023 wieder über den Haushalt der Stadt Eberswalde diskutiert werden wird und mahnt an, dass im Ergebnis für die fertige Fassung der Kulturkonzeption, die wahrscheinlich erst Anfang 2023 vorliegen könnte, die dafür begleitenden Mittel rechtzeitig im Haushalt eingestellt werden müssen
- weist den Vorsitzenden des Ausschusses darauf hin, eine offizielle Anfrage an alle Fraktionen zu senden, welches Mitglied sich aktiv in der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der Kulturkonzeption beteiligen möchte; er ist davon überzeugt, dass es so zu einer schnellen Einigung im Ausschuss führen würde

Herr Prof. Dr. Creutziger verwies noch einmal darauf, dass bereits die offizielle Aufforderung an alle Mitglieder erging, Anregungen und Hinweise in den nächsten zwei Wochen einzubringen, spätestens bis zum 30. September 2022, zu formulieren und einzureichen.

TOP 7.2

Sonstige Informationen

Auf die schriftliche Nachfrage von Herrn Ortel, wie die Planung und Durchführung des diesjährigen Weihnachtsmarktes aussehe, erläutert Herr Prof. Dr. König, dass grundsätzlich das Ziel der Verwaltung sei, in üblicher Art und Weise und auf Grundlage des bestehenden Konzeptes, den Weihnachtsmarkt durchführen zu wollen. Im Zusammenhang mit der in den letzten zwei Wochen noch einmal veränderten Weltlage, Auflage zur Energieeinsparung, ist die Verwaltung gerade aktiv dabei, bestehende Regularien zu prüfen und auszuloten, welche Kosten sich für die Verwaltung ergeben könnten. Ebenso wird es Gespräche zur gemeinsamen Abstimmung mit den Umlandkommunen geben. Zurzeit liegen keine konkreten Ergebnisse vor.

Herr Ortel:

- bedankt sich für die Ausführungen und führt aus, dass bei einem eventuellen Beleuchtungsverbot auch Solarlampen aufgestellt werden könnten und auch auf das Aufstellen von Hütten nicht verzichtet werden müsste, so dass der Weihnachtsmarkt, wenn auch mit Einschränkungen, durchgeführt werden könnte

Herr Zinn:

- möchte im Zuge der ab 01.10.2022 vom Gesundheitsministerium verordneten Maßnahmen von der Verwaltung wissen, wie mit den Weihnachtsmärkten in den Stadtteilen wie Finow und Brandenburgischen Viertel, Waldweihnacht und den weihnachtsähnlichen Veranstaltungen in den dörflichen Ortseilen umgegangen werden soll

Herr Prof. Dr. König bestätigt die berechtigte Frage und erläutert dazu, dass die Verwaltung zurzeit nicht genau wissen kann, worauf sie sich einstellen müsste. Seit dem Sommer laufen die Planungen für den Weihnachtsmarkt, mit dem Ziel, die Durchführung des Weihnachtsmarktes möglichst zu gewährleisten. Zu berücksichtigen sind auch die Händler, mit ihren eigenen Kosten und es wird sich dann erst zeigen, wie die Ausgestaltung des Weihnachtsmarktes erfolgen kann. Auf die Frage nach den Veranstaltungen in den Stadt- und Ortsteilen weist er darauf hin, dass jeder Veranstalter dann selbst die Regelungen und Bestimmungen durchzusetzen hat. Sollte es wieder ein Hygienekonzept geben, wird sich Verwaltung mit den Veranstaltern und Händlern dazu abstimmen. Das Ziel ist und bleibt von der Verwaltung und dem Bürgermeister, die Weihnachtsmärkte durchführen zu können.

Herr Reichelt, Amtsleiter des Kulturamtes der Stadt Eberswalde:

- berichtet über die gelungene Veranstaltung „Fine on The Road“, die anlässlich des Jubiläums „25 Jahre Museum in der Adler Apotheke“, dort zu Gast war
- am 21. Oktober 2022 wird im Zusammenwirken zwischen der Stadt Eberswalde, der Akademie der Künste und dem rbb die Otto-Nagel Ausstellung im Eberswalder Museum eröffnet
- für den 23.12.2022 soll wieder das Weihnachtssingen in Eberswalde ermöglicht werden, in Kooperation mit dem rbb sollen per Live-Übertragung 2-3 Weihnachtslieder aus Eberswalde über-

tragen werden

Frau Sarah Schmidt, Referentin für soziale Teilhabe und Integration der Stadt Eberswalde:

- berichtet, dass im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements in diesem Jahr bereits 105 Ehrenamtskarten ausgegeben werden konnten, was im Vergleich zum Vorjahr mit 86 ausgegebenen Karten eine Steigerung bedeutet
- macht darauf aufmerksam, dass wieder Vorschläge für die Ehrenamtsauszeichnung 2022 abgegeben werden können

Herr Zinn:

- fragt an, ob es bereits einen Termin für die Ehrenamtsauszeichnung 2022 gibt

Frau Sarah Schmidt benennt den 11.03.2022 für die Veranstaltung zur Ehrenamtsauszeichnung. Einen Ausweichtermin soll es im Mai 2023 geben, der aber noch nicht feststeht.

TOP 8

Vorstellung Nutzungskonzept Kupferhammerweg 1 durch die Volkssolidarität

Herr Prof. Dr. Creutziger bittet die Ausschussmitglieder, dass das Rederecht der Geschäftsführerin der Volkssolidarität, Frau Sponner, erteilt wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Herr Prof. Dr. König führt an, dass diese Präsentation am gestrigen Tage im ASWU vorgestellt wurde, da dort die Baulichkeit behandelt wurde und im hiesigen Ausschuss ausschließlich um die Nutzung der Immobilie geht.

Frau Sponner präsentiert und erläutert im Einzelnen die Konzeption zur künftigen Nutzung des Gebäudes Kupferhammerweg 1 (**Anlage 4**).

Herr Zinn:

- möchte wissen, ob die Volkssolidarität ihre Mitarbeiter nach Tarif bezahlt
- fragt an, ob das Gebäude mit einem Fahrstuhl vorgesehen ist
- fragt, ob die veranschlagten Kosten, wie sie bereits mit der Stadtverwaltung vereinbart wurden, bleiben

Frau Sponner teilt mit, dass die Volkssolidarität als Pflegeeinrichtung die Verpflichtung seit dem 01.09.2022 hat, dem Tarif beizutreten und zu diesem Zeitpunkt der paritätischen Tarifgemeinschaft beigetreten ist. Es gibt Bereiche im Verein, die nicht tarifgebunden sind, da sich dies im Mindestlohnsektor bewegen.

Auf die Frage von Herrn Zinn, wie es sich mit der Unterstützung und Förderung der Stadt verhält, antwortet Herr Prof. Dr. König mit dem Verweis auf den neuen Entwurf der „Sozialförderrichtlinie“, dass in diesem Rahmen die Möglichkeit der Förderung durch die Stadt besteht. Würde die Volkssolidarität dieser „Sozialrichtlinie“ folgen, wäre eine Förderung grundsätzlich möglich. Über die Höhe der Förderung müsste immer abgestimmt werden.

Herr Knoll:

- hinterfragt, ob es richtig ist, dass die Stadt Eberswalde eine Firma beauftragen wird, die Sanierung der Immobilie vorzunehmen umso die Volkssolidarität zu unterstützen und die Miete erlassen wird

Herr Prof. Dr. König erläutert, dass dem nicht so ist. Es besteht auch die Möglichkeit, die Immobilie zu veräußern, da die Stadt die Modernisierung nicht selbst vornehmen kann. Da es ein formaler Akt ist und eine allgemeine Transparenz gewährleistet werden soll, wird die künftige Nutzung der Immobilie durch die Volkssolidarität in diesem Ausschuss vorgestellt.

- hinterfragt weiter, ob nach dem Verkauf des Grundstückes und einschließlich des darauf stehenden Gebäudes die Stadt Eberswalde die Immobilie dann selbst für die Volkssolidarität anmietet

Herr Prof. Dr. König erläutert, dass die Immobilie von der Stadt Eberswalde abgegeben werden soll. Eine inhaltliche Belegung könnte dann durch die Volkssolidarität stattfinden. Die bauliche Realisierung würde dann durch den Investor vorgenommen werden. Die Volkssolidarität wäre dann Mieter des Gebäudes von diesem Investor.

Herr Zinn:

- ist davon überzeugt, dass es sinnvoller gewesen wäre, wenn die gesamten Unterlagen zur Immobilie „Kupferhammerweg 1“ hier in diesem Ausschuss vorgelegen hätten; das bezieht sich auf die inhaltliche Nutzung der Immobilie als auch auf das Verkaufsverfahren

Herr Zinn:

- kritisiert, dass diese Immobilie unter ihrem tatsächlichen Wert verkauft werden soll und eine ordentliche Ausschreibung nicht erfolgt ist

Herr Prof. Dr. König erläutert, dass das Verfahren vom Liegenschaftsamt durchgeführt wurde. Frau Jahr als Leiterin und Juristin hat sicher ein rechtskonformes Verfahren durchgeführt.

TOP 9

Information von "Brot und Hoffnung e. V." zur Situation der Tafel in Eberswalde

Herr Prof. Dr. König teilt mit, dass auf Nachfrage von Herrn Neumann und der aktuellen Weltlage, auch im Bereich der ukrainischen Flüchtlinge, die Leiterin von „Brot und Hoffnung e. V.“, Frau Wienke gebeten wurde, hier in diesem Ausschuss, über die aktuelle Situation der Tafel zu berichten.

Herr Prof. Dr. Creutziger beantragt das Rederecht für Frau Wienke, Leiterin „Brot und Hoffnung e. V.“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Frau Wienke, Leiterin von „Brot und Hoffnung e. V.“, gibt eine detaillierte Schilderung zur Situation der Tafel in Eberswalde.

Herr Dr. Mai:

- schlägt vor, dass alle Fraktionen gemeinsam über eine finanzielle Aufstockung der Förderung der Tafel beraten

Herr Zinn:

- weist darauf hin, dass im Zuge der weitersteigenden Zahlen an Geflüchteten, nicht mehr alle traditionellen Bedarfsberechtigten zur Tafel gehen, weil sie im Vorfeld wissen, dass für sie nichts mehr übrig ist; gibt zu bedenken, dass sich so unweigerlich Konflikte bilden werden; die Stadtverwaltung und die Stadtverordnetenversammlung müssen sich Gedanken darübermachen, wie mit diesem Thema umzugehen ist

Frau Wienke erläutert, dass es immer mal wieder schwierige Situationen in diesem Rahmen gibt, aber ihr ist nicht bekannt geworden, dass niemand mehr zur Tafel kommt, weil für ihn nichts mehr übrig ist

Herr Parys:

- fragt an, welche Nachweise von Betroffenen vorgelegt werden müssen, um von der Tafel unterstützt zu werden
- möchte wissen, ob die ukrainischen Flüchtlinge, die Arbeitslosengeld II beziehen, auch weiterhin zur Tafel kommen und Anspruch haben

Frau Wienke führt aus, dass Betroffene bei jedem Gang zur Tafel ihre Bescheide vom Jobcenter oder Grundsicherungsamt vorlegen müssen. Das betrifft alle Betroffenen, ganz egal welcher Nationalität sie angehören.

Herr Ortel:

- fragt an, wo Möglichkeiten zur Erhöhung der Einnahmen für die Tafel bestehen könnten
- stellt die Frage an die Verwaltung, ob es Möglichkeiten gibt, nicht verausgabte Haushaltsmittel bereitstellen zu können, ohne dass die Stadtverordneten einen Beschluss zur höheren finanziellen Unterstützung der Tafel fassen müssen

Frau Wienke sieht keine weiteren Möglichkeiten, die eigenen Mittel zu erhöhen.

Herr Prof. Dr. König führt aus, dass es grundsätzlich machbar wäre, wenn in einem Budget noch freie Mittel zur Verfügung stehen würden. Die Wahrscheinlichkeit ist sehr gering, dass noch Haushaltsmittel zur Verfügung stehen könnten.

Frau Blum:

- möchte wissen, ob die Tafel auch vom Landkreis finanzielle Unterstützung erhält und Lagermöglichkeiten für die vorhandenen Lebensmittel ausreichend sind

Frau Wienke teilt mit, dass genug Lagerflächen vorhanden sind, da die abgegebenen Lebensmittel immer am selben Tag ausgegeben werden. Im Moment erhält die Tafel vom Landkreis Bar-nim Förderung, die auch für das nächste Jahr noch gilt.

Herr Knoll:

- regt an, die Förderung für die Tafel auf 30.00,- Euro zu erhöhen
- fragt an, welche Maßnahmen die Tafel selbst vornehmen kann, um Kosten einzusparen, zum Beispiel im Bereich der Energie

Frau Wienke gibt an, dass zurzeit intern geprüft wird, inwieweit es machbar ist, eine Solaranlage zu installieren, die dann auch gefördert werden könnte. Weitere Überlegungen gehen dahin, dass in der Küche von Gas auf Strom umgestellt werden soll.

Herr Wolfgramm:

- weist kritisch darauf hin, dass über einen Nachtragshaushalt gesprochen werden sollte, um die Förderung aller sozialen Bereiche und Projekte zu sichern

Herr Zinn:

- seine Bitte geht an Herrn Prof. Dr. König und Herrn Prof. Dr. Creutziger, seine Vorschläge aufzunehmen, um eine Bestandsaufnahme durchführen zu können; dazu wird er sich im nächsten Finanzausschuss ebenfalls äußern

Herr Parys stellt den Antrag, eine Pause einzulegen. Die Pause beginnt um 20:02 Uhr.

Herr Prof. Dr. Creutziger führt die Sitzung um 20:10 Uhr fort.

TOP 10

Information zur Situation der ukrainischen Geflüchteten in der Stadt Eberswalde

Herr Prof. Dr. König führt kurz in den TOP 10 ein und übergibt das Wort an Frau Falke, Amtsleiterin des Grundsicherungsamtes des Landkreises Barnim und Herrn Masch, Leiter der Ausländerbehörde des Landkreises Barnim, Herrn Masch.

Herr Prof. Dr. Creutziger beantragt das Rederecht für Frau Falke und Herrn Masch.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Frau Falke und Herr Masch geben einen detaillierten Bericht über die ersten Schritte im Verfahren zur Aufnahme von ukrainischen Geflüchteten.

Herr Parys:

- möchte von Frau Falke wissen, wie viele Wohnungen vom Landkreis für die ukrainischen Geflüchteten angemietet worden sind

Frau Falke berichtet, dass vom Landkreis dieses Jahr 45 Wohnungen gemietet wurden. Die angemieteten Wohnungen müssen den Richtlinien des Landkreises in Bezug auf die Angemessenheit der Kosten entsprechen. Sie führt weiter aus, dass diese Richtlinie am 21. September 2022 in ihrer Evaluierung im Kreistag ist. Da der Landkreis Barnim nicht selbst Träger sozialen Wohnungsbaus ist, wurde gemäß der Richtlinie auch jeder angebotene Wohnraum angemietet.

- stellt die Fragen, wie hoch der durchschnittliche Mietpreis für die 45 vom Landkreis angemieteten Wohnungen ist und ob die Geflüchteten aus der Statistik des Grundsicherungsamtes dann herausgenommen werden, wenn diese ALG II beziehen

Frau Falke informiert, dass in dem Moment, wenn ein Geflüchteter oder eine Geflüchtete ALG II bezieht, nicht mehr in der Statistik des Grundsicherungsamtes geführt wird.

Herr Zinn:

- möchte wissen, ob Frau Falke ungefähr weiß, wie viele Geflüchtete bereits ALG II beziehen und somit aus ihrer Statistik heraus sind und wie viele Geflüchtete noch nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Grundsicherungsamt geführt werden
- weiterhin richtet er die Bitte an Frau Falke, den Vermietern ans Herz zu legen, sich den Sorgen und Nöten der Geflüchteten in den ersten Wochen anzunehmen
- informiert, dass es auch private Wohnungsunternehmen gibt, die ihre Geschäfte mit den Geflüchteten machen, in dem es Mieterhöhungen gibt, die sich die Mieter im Niedriglohnsektor nicht leisten können und sich dann zwangsweise eine andere Wohnung suchen müssen

Frau Falke berichtet, dass sich mit Stand zum 13. September 2022 noch 1.297 Personen mit dem Status des Asylbewerberleistungsgesetzes befinden. Den Hinweis, die Mietverträge in Englisch, Arabisch und Ukrainisch übersetzen zu lassen, nimmt sie gerne auf. Ansonsten verfügt das Grundsicherungsamt über einen sehr guten mobilen Dienst, der auch in der Lage ist, auf die entsprechende Muttersprache zurückzugreifen.

Zur letzten Frage versichert Frau Falke, dass das Grundsicherungsamt im engen Austausch mit Herrn Prof. Dr. König und Herrn Birk ist, um Obdachlosigkeit zu vermeiden.

Herr Prof. Dr. Creutziger:

- erkundigt sich, ob die Schulpflicht gesichert werden kann

Frau Falke erklärt, dass die Schulpflicht grundsätzlich über das Staatliche Schulamt geregelt wird.

Herr Ortel:

- fragt nach, wie die Integration in den Arbeitsmarkt funktioniert

Frau Falke empfiehlt zur Beantwortung dieser speziellen Fragen die Kolleginnen und Kollegen von Jobcenter und der Agentur für Arbeit einzuladen.

Herr Prof. Dr. König berichtet, dass er mit dem Bürgermeister Herr Herrmann eine Einladung vom Unternehmerverband wahrgenommen hatte, um unter anderem darzulegen, wie aus Sicht der Verwaltung die Integration von ukrainischen Geflüchteten in den Arbeitsmarkt beurteilt werden kann. Dabei war es auch möglich, eine Rückmeldung der Unternehmen zu erhalten. Die Erfolge sind überschaubar und fußen auf Einzelfällen. Sprachliche Barrieren und fehlende Anerkennungen von Abschlüssen spielen dabei ebenfalls eine Rolle. Welche Qualifikationsrichtungen und Abschlüsse gefordert sind, können eher Frau Wehrens und Frau Hildebrandt vom Jobcenter beantworten.

Frau Mariia Kryvokhyhyna gibt einen ausführlichen Bericht über ihre Tätigkeit in der Anlaufstelle der Stadt Eberswalde für ukrainische Geflüchtete.

Herr Knoll:

- möchte die Anzahl der zu betreuenden Geflüchteten wissen

Frau Mariia Kryvokhyhyna berichtet, dass sie ca. 50 Familien regelmäßig betreut und es insgesamt ca. 300 Familien sind.

TOP 11

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 12

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern/ innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, der Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

12.1 Herr Zinn:

- möchte sich ausdrücklich für die gute Veranstaltung „Fete de la Viertel“ bedanken und fragt dazu an, ob künftig auch in den Abendstunden kulturelle Veranstaltungen stattfinden könnten, wie in Finow und Westendpark
- merkt an, dass auf der Tagesordnung des Hauptausschusses die Vergabe des externen Quartiersmanagements angekündigt ist; er kann sich nicht daran erinnern, dass darüber inhaltlich im AKSI oder im ABJS gesprochen wurde; möchte wissen, ob er beide Angebote zur Einsicht bekommen könnte
- fragt an, ab wann es die neue personelle Besetzung des Integrationsmanagements geben wird

Zur „Fete de la Viertel“ erklärt Herr Dr. König, dass vor ein paar Jahren auch in den Abendstunden Veranstaltungen angeboten wurden, die aber nicht so gut angenommen wurden. Er nimmt aber diesen Hinweis dazu noch einmal mit. Der Vorteil dieser Veranstaltung liegt darin, dass sie komplett von den Trägern vor Ort vorbereitet und durchgeführt wird.

Zum Thema der Vergabe des externen Quartiersmanagements führt Prof. Dr. König aus, dass es zwei Angebote gab, die inhaltlich sehr eng beieinanderlagen, aber aus formalen Gründen ein Angebot von der Vergabestelle ausgeschlossen werden musste. Herr Prof. Dr. König sicherte Herrn Zinn zu, bei Herrn Radicke von der Vergabestelle nachzufragen und ihm dann in einer Mail die entsprechende Antwort mitteilen zu können.

Frau Sarah Schmidt beantwortete die Frage nach der personellen Besetzung der Integrationsstelle dahingehend, dass das Bewerbungsverfahren mit den Bewerbungsgesprächen beendet ist und eine Entscheidung getroffen werden konnte. Wenn die ausgewählte Person sich dann dafür entscheiden sollte, könnte es aber durchaus sein, dass aufgrund des noch bestehenden Arbeitsverhältnisses die Stelle erst im nächsten Jahr besetzt werden könnte. Diese Dinge sind noch in Klärung.

- möchte wissen, aus wie viel Bewerbern die Person ausgewählt werden konnte
 - bittet darum, schon vor der Sitzung des Hauptausschusses die Information erhalten zu können
- Frau Sarah Schmidt teilte mit, dass von sechs ausgewählten Bewerbern zwei Bewerber zwischenzeitlich abgesprungen sind und die Auswahl somit aus vier Bewerbern erfolgt sei.

12.2 Herr Buschbeck:

- bittet um Informationen darüber, wie viele Wohngeldempfänger die Stadt Eberswalde hat und, ob die Wohngeldstelle der Stadt Eberswalde mit dem momentanen Stand an Sachbearbeitern

dem zu erwartenden Zuwachs an Anträgen auf Wohngeld gewachsen sein wird

Nachrichtliche Anmerkung

Mit Rechenlauf vom 12.09.2022 hat die Stadt Eberswalde aktuell
784 Wohngeldbezieher

Herr Prof. Dr. König erläutert, dass die Verwaltung und speziell der Dezernent Herr Berendt an diesem Thema sehr genau arbeitet.

TOP 13

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 13.1 Vorlage: BV/0713/2022

Einreicher/zuständige Dienststelle:

02.21 Referat für soziale Teilhabe und Integration

Richtlinie der Stadt Eberswalde für die Gewährung freiwilliger kommunaler Zuwendungen für Maßnahmen, Vorhaben und Projekten im sozialen Bereich

Herr Prof. Dr. König führt zur ersten Lesung der neuen „Sozialförderrichtlinie“ ein und erläutert, dass die bereits zugesandte Richtlinie vom städtischen Rechtsamt geprüft wurde, aber zwischenzeitlich das Rechnungsprüfungsamt darauf hingewiesen hatte, dass einige Punkte umformuliert werden sollten. Die nun geänderte Richtlinie liegt als Tischvorlage vor und ist im Bürgerinformationssystem eingestellt.

Herr Prof. Dr. König geht auf die geänderten Punkte, die rot markiert sind, ein und erläutert sie im Einzelnen.

Herr Dr. Mai:

- teilte mit, dass er einen Termin mit Frau Weihe von der Selbsthilfegruppe beim Landrat und dem Sparkassendirektor hatte und geklärt werden konnte, dass sie jetzt ein Konto führen können
- es wurde gesagt, dass Synergieeffekte erklärt werden sollen und wollte wissen, wer die Entscheidungen über eine Leistung trägt

Herr Prof. Dr. König bestätigt, dass diese Erklärung Teil des Antrages sein wird und das unter Umständen auch hier im Ausschuss, wenn der Antrag mehr als 2000,00 € Förderung beinhaltet, diskutiert wird.

Herr Zinn:

- möchte wissen, wie mit der institutionellen Förderung umgegangen werden sollte
- bittet, in der Richtlinie einen leichteren Sprachgebrauch anzusetzen
- verweist auf den Unterschied zwischen Empfehlung und Einverständnis

Herr Prof. Dr. König nimmt den Hinweis zur leichten Sprache in dieser „Sozialrichtlinie“ auf.

Weiter informiert Herr Prof. Dr. König anhand eines Beispiels, was das Wort „Empfehlung“ bedeuten würde. Zum Beispiel könnte der Ausschuss die „Empfehlung“ erteilen, einen Antrag nicht zu fördern aber Fachkollegen auf die Dringlichkeit hinweisen. Dies würde bedeuten, dass der Ausschuss dann nur eine „Empfehlung“ ausgesprochen hat. In diesem Fall kann die Verwaltung anders handeln, als der Ausschuss empfohlen hatte.

Das „Einverständnis“ wurde von der Verwaltung wie eine Erlaubnis behandelt.

Institutionelle Förderung ist ein Teil der Richtlinie.

Frau Sydow:

- bat um Erläuterung zu dem Passus: „... sofern es nicht zu den Pflichtaufgaben des Antragstellers gehört“ und fragt, wer das definiert und wie es gewertet werden soll

Herr Prof. Dr. König verwies auf die Ausführungen von der Volkssolidarität, die mit dem Landkreis eine Verpflichtung zur Unterbringung von Asylbewerbern eingeht. In diesem Fall wäre die Förderung dann ausgeschlossen.

Herr Dr. Mai:

- empfiehlt, den Beschlusssatz für entsprechende Beschlussvorlagen vom städtischen Rechtsamt prüfen zu lassen

Herr Prof. Dr. Creutziger beendet die 1. Lesung zur „Richtlinie der Stadt Eberswalde für die Gewährung freiwilliger kommunaler Zuwendungen für Maßnahmen, Vorhaben und Projekten im sozialen Bereich“

Herr Prof. Johannes Creutziger beendet den öffentlichen Teil um 21:23 Uhr und bittet die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

gez. Prof. Johannes
Creutziger
Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur,
Soziales und Integration

gez. Przesang

Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Vorsitzender**
Prof. Johannes Creutziger
- **Stellvertreter des Vorsitzenden**
Dietmar Ortel
- **Ausschussmitglied**
Simone Blum
Sabine Büschel
Florian Eberhardt
Viktor Jede
Dr. Hans Mai
Heinz-Dieter Parys
Thomas Stegemann
Katharina Walter
Mirko Wolfgramm
Ringo Wrase
entschuldigt
entschuldigt
vertreten durch Herrn Zinn
ab 18:35 Uhr anwesend
entschuldigt
vertreten durch Frau Sydow
- **sachkundige Einwohner/innen**
Tim Altrichter
Mike Buschbeck
Lisa Euler
Andreas Gläßer
Benjamin Knoll
Mike Müller
Dipl.-Ing. Frank Neumann
Christin Roch
Heiko Schult
Werner Voigt
Jörg Zaumseil
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**
Heiner Roedel
Frau Jede
- **Dezernent/in**
Prof. Dr. Jan König
- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**
Norman Reichelt
Sarah Schmidt

